

Streit um Geld als Motiv im Visser-Mord?

wie. MADRID, 28. Mai. Die Ermittlungen der spanischen Polizei in dem Doppelmordfall Visser konzentrieren sich jetzt auf die Frage, ob ein Streit um Geld, Geschäfte oder Schulden das Motiv des Verbrechens gewesen sei. Die offenbar grausig zerstückelten Leichname der ehemaligen niederländischen Volleyballspielerin Ingrid Visser und ihres Lebensgefährten Lodewijk Severin waren zwei Wochen nach einer Vermisstenanzeige am Montag in der südspanischen Region Murcia aufgefunden worden. Der örtliche Polizeichef Cirilo Durán sprach nun, ohne Einzelheiten zu nennen, von möglichen „geschäftlichen Zwistigkeiten“ zwischen den beiden Holländern und drei am Montag festgenommenen Verdächtigen.

Bei diesen handelt es sich nach einem Bericht der Zeitung „El País“ vom Dienstag um den Spanier Juan Cuenca Lorente, der in den Jahren 2009 bis 2011, als die 36 Jahre alte Ingrid Visser für den Volleyballklub Atlético in Murcia spielte, technischer Direktor und Schatzmeister des Vereins sowie „rechte Hand“ des Eigentümers Evedasto Lifante war. Die beiden anderen Festgenommenen wurden als rumänische Staatsbürger mit den Namen Valentin Ion (59 Jahre) und Constantin Stan (47 Jahre) angegeben. In mehreren spanischen Medien wurde derweil die Vermutung geäußert, dass es sich um einen Auftragsmord gehandelt haben könnte.

Frau Visser und ihr Freund trafen nach Darstellung des Polizeichefs mit den drei Festgenommenen am 13. und 14. Mai in einer Wohnung in der Gemeinde Molina de Segura zusammen. Obwohl die Wohnung gesäubert wurde, fanden die Ermittler Spuren einer „äußerst gewaltsamen Auseinandersetzung“.

Die sterblichen Überreste der Ermordeten, die man angeblich enthauptete und mit einer Motorsäge zerstückelte, waren am Montag in einer schwer zugänglichen Zitronenplantage notdürftig verscharrt entdeckt worden. Aus Justizkreisen hieß es, dass die Opfer auch gefoltert worden sein könnten. So fehlten dem Vernehmen



Auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit: Prinz Charles (rechts) und sein Gastgeber, Philipp Fürst zu Hohenlohe-Langenburg

Foto Rainer Wohlfahrt

Mehr Landschwein wagen

Prinz Charles gibt sich die Ehre und besucht seinen Neffen zweiten Grades in Langenburg. Er trifft einige Säue und viele Experten für mehr Regionalität in der Landwirtschaft.

Von Peter-Philipp Schmitt

LANGENBURG, 28. Mai. Sein Deutsch klingt fast perfekt. Selbst das „Schwäbisch-Hällische Landschwein“ kommt Prinz Charles problemlos über die Lippen. Das umgangssprachliche „Mohrenköpfe“ für das schwarzköpfige Tier aus dem Hohenlohischen schenkt sich der Thronfolger aus Großbritannien, selbst als er Auge in Auge einem dreiwöchigen Ferkelchen der alten Hausschweinrasse gegenübersteht. Die Anfang der achtziger Jahre fast ausgerotteten Begleiter des Menschen erfreuen sich heute wieder bester Gesundheit, ihr Fleisch ist so gut, dass die Züchtervereinigung Schwäbisch-Hällisches Schwein schon mehrmals Bundespreise auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin mit ihren Würsten und Schinken feiern konnte.

Die Tiere sind in der fernen Hauptstadt auch schon zum Symbol für all das geworden, was Prinz Charles seit langem umtreibt. Vor zwei Jahren trieb Rudolf Bühler seine Landschweine vors Bundeskanzleramt – als Protest gegen die Agrarpolitik der Regierung. Statt kleine Biobauern wie ihn mit seinen Schweinen fördern die Regierung vor allem die industrielle Produktion in der Landwirtschaft,

sagt Bühler. Der oberste Vermarkter des Schwäbisch-Hällischen Qualitätsschweinefleischs, das mit der Herkunftsbezeichnung „g.g.A.“ (geschützte geographische Angabe) wie Parmaschinken und Champagner versehen ist, trägt stets einen Hut – als Symbol bäuerlichen Widerstands, wie er erklärt. Früher hätten Bauern als Leibeigene keine Hüte tragen dürfen.

Am Montag ließ sich auch Bühlers Gast einen Hut aufs ergraute Haupt setzen. Ob dem künftigen König die Tragweite seines Handelns bewusst war? Charles kennt allerdings die Symbolkraft der Bühlerschen Tiere, die für eines seiner Lieblingsthemen stehen: Regionalität. Der Brit setzt sich seit Jahren dafür ein, dass Bauern in ihrer Region stärker gefördert werden. Und wo könnte er das besser als in der Region Europas, in der es die größte Dichte an lizenzierten Biobauern gibt. Der Zufall will es, dass seit Königin Victorias Zeiten enge verwandtschaftliche Beziehungen nach Langenburg bestehen. Victorias Halbschwester Feodora heiratete Ernst I. zu Hohenlohe-Langenburg, eine Enkeltochter von Victoria. Alexandra, heiratete Ernst II. zu Hohenlohe-Langenburg, eine Urenkelin der großen Königin, Margarita, heiratete Gottfried zu Hohenlohe-Langenburg. Margarita war zugleich eine Schwester von Königin Elisabeths Mann Philip und die Großmutter des jetzigen Schlossherrn, Philipp Fürst zu Hohenlohe-Langenburg, der am Montag Fachleute aus aller Welt zum Thema Regionalität und Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft nach Langenburg eingeladen hatte.

In bestem Deutsch sprach Charles seinem Neffen zweiten Grades Dank aus für die auch in seinem und seiner Stiftung Namen, der „International Sustainability Unit“, organisierte Veranstaltung: „Ich sage nur sehr ungern, dass es über 50 Jahre her ist, dass ich das letzte Mal hier war, und fast 50 Jahre, dass meine Eltern dieses wunderschöne Schloss besuchten.“

Das war zwei Jahre nach einem verheerenden Brand, der das Haus fast vollständig entkernte. Es ist daher eine besondere Freude zu sehen, wie prachtvoll mein verstorbener Vetter Kraft (der Vater des jetzigen Fürsten) es wieder aufgebaut hat.“

Der Besuch von Königin Elisabeth II. im Jahr 1965 ist in Langenburg unvergessen – und das nicht nur, weil der damalige Bürgermeister der Königin stolz „Wibele“ überreichte, das typische Langenburger Süßgebäck aus Biskuitteig. Dazu hielt Fritz Gronbach eine Rede in einem nur schwer verständlichen Englisch, bei der sich selbst Elisabeth II. ein Lachen kaum verkneifen konnte. „Wibele“ bekam am Dienstagmorgen auch Charles noch zugesteckt, für Camilla und seine Söhne. Camilla war nicht mit nach Langenburg gekommen: Sie befand sich als Schirmherrin der Armen- und Obdachlosenorganisation Emmaus auf ihrer ersten offiziellen Auslandsreise ohne Charles in Paris. Der Thronfolger, der eine Nacht auf dem Schloss verbrachte, flog am Dienstagmittag nach Osteuropa weiter.

Den Montag aber nutzte der britische Thronfolger, um das Netzwerk seiner Stiftung zu vergrößern und zumindest einem Teil der angereisten Experten ins Gewissen zu reden. Eindringlich ging er auf die verfehlte Politik der vergangenen Jahrzehnte ein, in der es politischer Wille war, Nahrungsmittel vor allem so billig wie möglich zu produzieren, während große Unternehmen gleichzeitig versuchen, möglichst viel Gewinn damit zu machen. Die Folge: Böden, die kaum noch Erträge abwerfen; Wasser, das mit Pestiziden und Chemikalien verschmutzt ist; und Bauern, die ihre Höfe im Stich lassen. „Junge Menschen wollen so einen undankbaren Beruf nicht mehr erlernen“, sagte Charles. Schon heute läge das Durchschnittsalter eines Bauern in Großbritannien bei 58 Jahren – und es steige weiter. „Es gibt viele Initiativen, die Mo-

tor für einen Wandel sein könnten.“ Damit bezog er sich auch auf den Einsatz von Rudolf Bühler mit seinen Schweinen. Besonders lobte Charles die Initiativen von Städten wie Toronto und Kopenhagen, die im Umland zum Nutzen ihrer Einwohner ökologischen Anbau fördern, was unter anderem die Wasserqualität in den Städten verbessert habe.

Zum zweiten Langenburg Forum, das von der EU-Kommission nicht nur mit Teilnehmern unterstützt wurde, hatte Philipp Fürst zu Hohenlohe-Langenburg auch Vertreter der beiden Städte eingeladen, dazu unter anderen den Baby-nahrungshersteller Claus Hipp, der als einer der Ersten bereits vor 50 Jahren ökologische Landbau in Deutschland betrieb, und Felix Prinz zu Löwenstein, der als Vorstandsvorsitzender des Bundes Ökologische Lebensmittelwirtschaft der politische Vertreter der deutschen Biobranche ist. Und noch einer war gekommen und mit seiner Beratungsfirma an der Organisation des Forums beteiligt: das einstige grüne Aushängeschild Joschka Fischer. Er übernahm sogar die Gastgeberrolle, als der Hausherr Prinz Charles vom Flughafen abholen musste. Er habe sich nur zu gerne bereitgefunden, etwas für das Hohenloher Land zu tun, sagte Fischer. Denn, was viele vielleicht nicht wüssten: „Hier wurde ich vor 65 Jahren geboren.“ Bis zu seinem sechsten Lebensjahr habe er den Schlosspark von Langenburg als Abenteuerspielplatz genutzt. Auch eine Form von Regionalität, selbst wenn Fischer seine Begeisterung für die alte Heimat auf das „fortschreitende Alter“ zurückführte. Vielleicht rührt sie aber auch von regionalen Spezialitäten wie dem „Bœuf de Hohenlohe“ her, das am Abend von gleich acht Sterneköchen – Baden-Württemberg ist nicht umsonst das Bundesland mit den meisten Michelin-Sternen – eigens für „His Royal Highness The Prince Charles“ und seine Gäste zubereitet wurde.

Raucherkrebs tötet fast dreimal mehr Frauen als 1980

WIESBADEN, 28. Mai (dpa). In den vergangenen 30 Jahren ist die Zahl der Frauen, die an Lungen-, Bronchial- oder Kehlkopftumoren starben, um 186 Prozent gestiegen. Im Jahr 2011 töteten diese Krebsarten 14.500 Frauen, wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden am Dienstag mitteilte. Anlass ist der Welt Nichtrauchertag am Freitag. Die Zahl der an Raucherkrebsarten gestorbenen Männer stieg im selben Zeitraum – also zwischen 1981 und 2011 – nur um rund elf Prozent. Trotzdem starben immer noch mehr Männer als Frauen durch eine solche Erkrankung. Im Jahr 2011 waren es 31.000. Für Martina Pötschke-Langer vom Deutschen Krebsforschungszentrum in Heidelberg ist der starke Anstieg bei Frauen eine „zeitverzögerte medizinische Reaktion auf das veränderte Rauchverhalten“. Heute bekämen Frauen „die Quittung“ dafür, dass es mehr Raucherinnen gebe als vor 30 Jahren. „Wenn Frauen rauchen wie Männer, werden sie auch sterben wie Männer.“ Nach einer Studie des Robert Koch-Instituts raucht etwa jeder dritte Mann und jede vierte Frau. Immerhin: Bei Jugendlichen hat sich die Raucherquote zwischen 2001 und 2011 mehr als halbiert.

Kurze Meldungen

Ein gewaltiger Felssturz hat Anwohner im Nürnberger Land in Bayern in Angst und Schrecken versetzt. Vom Hang der Burg Veldenstein waren in der Nacht zum Dienstag 300 Tonnen Fels und Teile der Burgmauer ins Tal gestürzt, wie die Polizei mitteilte. Ein Felsbrocken traf ein Haus. Verletzt wurde niemand. 17 Personen wurden in Sicherheit gebracht. Die Kriminalpolizei ermittelt wegen des Verdachts der Baugeschäftsführung. Die Felsen könnten sich aber auch wegen des Dauerregens gelöst haben, hieß es. Ein Geologe sollte den Felsangriff untersuchen. Die mittelalterliche Burg Veldenstein auf 500 Meter Höhe ist das Wahrzeichen des Marktes Neuhaus. Bis Ende 2012 war sie als Hotel und Restaurant genutzt worden. Nachdem Verhandlungen mit dem Freistaat Bayern und einer Brauerei gescheitert waren, hatten die Pächter nach 25 Jahren die Pforten geschlossen. (dpa)

Beeridigungen sind auf der Kanareninsel La Gomera weiterhin für alle Ortsansässigen kostenlos. Das gilt auch für Ausländer mit festem Wohnsitz auf dem Archipel. Die Inselverwaltung hat jetzt mit Hinweis auf die drückende spanische Wirtschaftskrise ihre Regelung für Gratisbeerdigungen – sie schließen Sarg, Überführung, Blumen, Kränze und vorübergehende Aufbewahrung in Kühlkammern ein – um weitere drei Jahre verlängert. Dafür wurden im Inselhaushalt 1,2 Millionen Euro bereitgestellt. Alle Parteien und zahlreiche Bewohner von La Gomera begrüßten die Entscheidung als „humanitäre Maßnahme“. (wie.)

Der Kapuzineraffe Mally wird norddeutsch, und wenn Bundesumweltminister Peter Altmaier ihn noch einmal besuchen will, muss er in die Lüneburger Heide statt in ein Münchner Tierheim. Dort hatte er „Mally“ am „Internationalen Tag der Biologischen Vielfalt“ besucht und versprochen, der Affe bekomme ein artgerechtes Plätzchen. Jetzt hat er es, im Freizeitpark Serengeti in Hodenhagen. Die Mally-Quarantäne dauert allerdings noch ein paar Wochen. Der Affe ist mittlerweile fast so berühmt wie sein vorjähriger Besitzer, der 19 Jahre alte kanadische Popsänger Justin Bieber. Der junge Mann hatte die Impf- und Einreisepapiere für das Tier vergessen, als er es zu Konzerten nach Deutschland mitbrachte. Abgeholt hat er den vom Zoll einbehaltenen Affen dann aber auch nicht. (vL.)



Ermordet und zerstückelt: Die niederländische Volleyball-Rekordnationalspielerin Ingrid Visser

Foto Hollands Hoogte/laif

nach dem 57 Jahre alten Severin die Zähne. Ein Vertreter der Gemeindeverwaltung sagte, dass der entscheidende Hinweis auf den Fundort der Toten von einem der Festgenommenen gekommen sei.

Das Paar war nach Darstellung von Angehörigen zum Besuch einer Befruchtungsklinik nach Murcia gereist. Dort hatte es auch einen Arzttermin, den es aber nicht einhielt. Die Polizei bezweifelt inzwischen, dass dies der einzige Grund für den Besuch in der südspanischen Region war.

KONFERENZ

ENERGY SECURITY HOW TO FEED AND SECURE THE GLOBAL DEMAND?

10. Juli 2013, Frankfurt am Main

Die Stiftung Münchner Sicherheitskonferenz (MSC) und das Frankfurter Allgemeine Forum veranstalten gemeinsam in Frankfurt am Main am 10. Juli 2013 eine internationale Konferenz zum Thema »Energiesicherheit«.

Auf dieser hochrangig besetzten Tagung unter dem Vorsitz des MSC-Vorsitzenden Botschafter Wolfgang Ischinger und FA.Z.-Herausgeber Dr. Günther Nonnenmacher werden nationale und internationale Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft unter anderem wirtschafts-, umwelt- sowie sicherheitspolitische Fragen der Energiesicherheit im 21. Jahrhundert diskutieren.

Weitere Informationen und Anmeldung: www.faz-forum.com/security

Es diskutieren unter anderen:

Bundesumweltminister Peter Altmaier, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Elmar Brok, Europäisches Parlament
Marc Elsberg, Autor von „Blackout – Morgen ist es zu spät“
Prof. Friedbert Pflüger, European Centre for Energy and Resource Security, King's College London
Peter Reitz, European Energy Exchange, Mitglied der Deutsche Börse Group
Dr. Harald Schwager, BASF

Frankfurter Allgemeine Forum

INSELN DER AUFMERKSAMKEIT

Munich Security Conference **MSC**
Münchner Sicherheitskonferenz

PARTNER

DEUTSCHE BÖRSE GROUP

SCHIRMHERR
BUNDESUMWELTMINISTER
PETER ALTMAIER



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit



MENSCHEN & WIRTSCHAFT

Der Gejagte

Die New Yorker Staatsanwaltschaft will den Kopf des Hedgefonds-Stars Steven Cohen

Steven Cohen besitzt einen Hai. Nicht irgendeinen Hai, den er in einem Aquarium hält, sondern einen in Formaldehyd eingelegten Tigerhai in einer großen Vitrine. Es handelt sich um ein ikonisches Kunstwerk des Briten Damien Hirst, das der amerikanische Hedgefondsmanager 2004 für acht Millionen Dollar erworben hat. Ein Hai ist kein schlechtes Symbol für einen aggressiven Typen wie Cohen, der es an der Wall Street weit gebracht hat.

Der 56 Jahre alte Wertpapierhändler steht mit einem geschätzten Vermögen von 9,3 Milliarden Dollar auf Rang 41 der reichsten Amerikaner. Seine vor etwas mehr als 20 Jahren gegründete Hedgefondsgesellschaft SAC Capital gehört mit einem verwalteten Vermögen von mehr als 13 Milliarden Dollar zu den größten und erfolgreichsten ihrer Branche.

Für das Gesellschaftsmagazin „Vanity Fair“ ist Cohen derzeit allerdings kein Hai. In einer aktuellen Illustration ähnelt Cohen einem weißen Wal, einem Moby Dick der Wall Street. Sein Jäger, der Kapitän Ahab der Finanzbranche, ist Preet Bharara, der Bundesstaatsanwalt von New York. Bharara hat sich den vergangenen Jahren einen Namen als gnadenloser Strafverfolger von Insiderhändlern an der Wall Street gemacht. Mehr als 70 Hedgefondsmanager, Aktienanalysten, Experten und Verwaltungsratsmitglieder von Aktiengesellschaften haben Bharara und seine Leute bereits dingfest gemacht. Sie haben sie zu Geständnissen gezwungen oder vor Gericht Urteile und Gefängnisstrafen gegen sie erwirkt. Es war an der Wall Street die größte Kampagne gegen Insiderhandel und verbotene Wertpapiergeschäfte aufgrund vertraulicher Informationen. Bhararas größtes Ziel aber ist Steven Cohen. Seit 2009 haben sich schon sechs ehemalige Mitarbeiter von



Steven Cohen

Foto Bloomberg

SAC Capital des Insiderhandels schuldig bekannt oder sind verurteilt worden. Gegen drei andere laufen Verfahren. Cohen, der bisher seine Unschuld beteuert, ist selbst noch nicht belangt worden. Es halten sich an der Wall Street aber seit Jahren Gerüchte, dass Cohen seine Spitzenrenditen nicht immer nur mit Talent, Fleiß oder Glück erzielt hat. Es wird gemunkelt, dass er früher von Banken an der Wall Street, deren bester Kunde er war, schon mal frühzeitig informiert wurde, bevor deren Analysten kursbewegende Aktienstudien ver-

öffentlichten. Das hätte ihm im Rennen um die beste Information einen wichtigen Vorsprung verschafft. Harte Beweise gab es nicht, aber in den vergangenen Wochen hat sich die Angelegenheit zugespitzt. Bharara scheint kurz davor zu stehen, seine Harpune auf Cohen zu feuern.

Cohen und mehrere Mitarbeiter wurden kürzlich zur Aussage vor einem Geschworenengericht vorgeladen. Dazu soll die Staatsanwaltschaft eine Anklage gegen SAC Capital erwägen. Erst im März hatte die Börsenaufsicht SEC im

Rahmen eines außergerichtlichen Vergleichs die Rekordstrafe von 616 Millionen Dollar gegen SAC Capital verhängt. Die Behörde hatte eine Tochtergesellschaft von SAC bezichtigt, aufgrund öffentlich nicht bekannter Informationen über die Resultate eines Arzneimitteltests 276 Millionen Dollar illegale Gewinne gemacht zu haben. Kurz darauf führten Agenten der Bundespolizei FBI den langjährigen SAC-Fondsmanager Michael Steinberg in Handschellen aus seiner Wohnung an der feinen Park Avenue in New York ab.

Steinberg beteuert seine Unschuld, wird aber von einem ehemaligen SAC-Analysten belastet. Es geht dabei um Insiderhandel mit Aktien des Computerherstellers Dell. Steinberg ist ein enger Vertrauter von Cohen. So nah war Bharara seinem Ziel noch nie.

Nach dem Vergleich mit der SEC, bei dem der Hedgefonds keine Schuld anerkennen musste, schien sich Cohen wieder mehr um die schönen Dinge seines Lebens zu kümmern. Er kaufte sich für 60 Millionen Dollar ein neues Anwesen in East Hampton auf Long Island, wo die reichen New Yorker gerne ihren Sommer verbringen. Dazu wurde bekannt, dass er dem Kasinomogul Stephen Wynn das Picasso-Gemälde „Le Réve“ für einen dreistelligen Millionenbetrag abgekauft hat. Cohen, der in einer Mittelschicht-Gegend von Long Island aufwuchs, seine Schulkameraden bei Pokerspielen ausnahm und dann beim Wertpapierhaus Gruntal Händler wurde, steht vor einem wichtigen Wendepunkt in seiner Karriere. Nach Medienberichten hofft er auf einen Vergleich. Er will der Staatsanwaltschaft vorschlagen, die Strafverfolgung auszusetzen, wenn SAC Capital nur noch Cohens Vermögen und nicht mehr das von externen Investoren verwaltet.

NORBERT KULS

Wie gut ist die Ziegenwurst, wie bitter der Kapitalismus

Die Leberwurst mundete Seiner Königlichen Hoheit hervorragend, und auch von der Ziegenwurst vom württembergischen Biotier genoss Prinz Charles. Wie auch von der Blutwurst. Nach Cröffelbach hatte es den Thronfolger des Vereinigten Königreiches erstmals wieder nach etwa fünfzig Jahren vorschlagen, wohin ihn die Einladung seines entfernten Verwandten Philipp Fürst zu Hohenlohe-Langenburg wie auch eine von Joschka Fischer & Company veranstaltete Fachkonferenz zur nachhaltigen Ernährung und das Schwäbisch-Hällische Ferkel lockten. Das Schwäbisch-Hällische Ferkel? Das ganz besonders, gestand der Prinz. Denn Charles (64) ist angeblich, wie auch immer sich das in seinem Alltagsleben auswirken mag, „Biobauer“. Und wahrer Vorreiter: Einige Hofgüter der Familie waren in den achtziger Jahren auf Ökolandwirtschaft umgestellt.

Beseelt von alten Rassen, durchschritt Charles Weiden und Proberstände, und auch das Hohenloher Fleckvieh weckte aufs vorzüglichste die Neugierde des Prinzen. Die Bäuerliche Erzeugergemeinschaft Schwäbisch Hall wie auch der deutsche Ökopionier Hartmut Vogtmann (70, Deutscher Naturschutzring) geleiteten den Prinzen. „Ich könnte den ganzen Tag hierbleiben und essen“, sagte Charles, der einen Nadelstreifenanzug trug. „Sanft streichelte er eines der acht Ferkel einer Schwäbisch-Hällischen Mut-

tersau über das typische schwarze Köpchen“, meldete die Nachrichtenagentur dpa. Auf der Konferenz dann kanzelte der bekennende Feind der Agrarindustrie diese für ihre profitrünstigen Machenschaften ab, da sie zu billig produzierte und Mutter Natur nachhaltig schade.

Auch den Welthandel mit Lebensmitteln geißelte er. Bioprodukte müssten „allgemein zugänglicher werden“, die Er-



Adlige Ferkel

Foto dpa

nährung regional, man solle das Essen nicht um den Globus fliegen. Charles setzt sich derart seit Jahren für regionale Ernährung und gegen Pestizide und gegen die grüne Gentechnik ein, und diesbezüglich begegneten sich der grüne Reaktor und der grüne vormalige Straßenkämpfer Fischer, in dessen Antlitz mittlerweile eine Inkarnation seines hohen Sättigungsgrades stattgefunden hat, irgendwie in einer gemeinsamen geistigen Schnittmenge. Erst vor gut zwei Jahren hatte Charles in seinem Buch „Harmonie“ zur „Revolution“ aufgerufen. Es war mit holistischem Denken und Aufklärungskritik gespickt. Der Monarch als Naturmystiker wider das „westliche“ Denken, wider den Kapitalismus, als Bewahrer der „natürlichen Rhythmen der Dinge“ – welche ja wohl zu Zeiten der Monarchie noch intakt gewesen war – wider den „Atheismus der Aufklärung“.

Grüne Minister hörten Charles' Ausführungen zu und der Exaußenminister und Metzgersohn Joschka Fischer (65), der zwischenzeitlich als Berater Konzerne wie BMW auf die Fahrbahn der Nachhaltigkeit gesetzt hatte. Auch Biokostpionier Claus Hipp oder Alain Caparros, Rewe, waren da. Sternekokh Witzigmann servierte abends Grünpargel, Rehstülze, Beef de Hohenlohe. Charles' Gattin Herzogin Camilla war nicht dabei. Sie hatte laut dem Magazin „Gala“ in Paris „für eine Benefizorganisation Termine wahrzunehmen“. JAN GROSSARTH

Bilfinger sagt Betreibersparte adé

Börseninvestoren begrüßen die Entscheidung

tag, MANNHEIM, 28. Mai. Der Industriedienstleistungskonzern Bilfinger hat mit der Ankündigung, sich aus dem Beteiligungsgeschäft zurückzuziehen, den Beifall seiner Aktionäre gefunden. Nachdem das Mannheimer Unternehmen am Vorabend mitgeteilt hatte, einen Käufer für das verbliebene Portfolio aus 16 Straßen, Brücken, Schulen und Kliniken zu suchen, sprang der Aktienkurs am Mittwoch zeitweise um 4 Prozent.

Bei Betreiberprojekten finanziert das Unternehmen den Bau etwa einer Straße oder einer Klinik und „betreibt“ diese über mehrere Jahre. Dafür erhält die Gesellschaft eine jährliche Vergütung, Auftraggeber ist meist der Staat. Wegen anhaltender Kritik etwa vom Bundesrechnungshof hinkt Deutschland bei der Entwicklung solcher „Öffentlich-rechtlicher Partnerschaften (ÖPP)“ hinterher. Der Konzern unter Leitung des ehemaligen hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch begründete den Rückzug mit der schwindenden strategischen Bedeutung. In Nordamerika und Australien, wo ÖPP-Projekte stark wachsen, baue Bilfinger gar nicht mehr, sagte ein Sprecher. Das Geld soll in den Ausbau der Dienstleistungen investiert werden. Einen aktuellen Bezug zu möglichen Kaufobjekten

– etwa zur Dienstleistungssparte von Hochtief oder dem Wassergeschäft von Siemens – gebe es nicht, der Konzern habe genügend liquide Mittel. Zum Verkauf stehen 16 meist internationale Engagements, in die der Konzern 254 Millionen Euro eigene Mittel investiert hat.

In dem Portfolio befindet sich auch das mit einem Investitionsvolumen von 650 Millionen Euro bislang größte ÖPP-Projekt in Deutschland: ein Teilstück der Autobahn A1 in Niedersachsen. Bilfinger hatte sich schon vor anderthalb Jahren von 18 Projekten getrennt: Damals brachte der Konzern das Portfolio in einen börsennotierten Fonds in London ein und verkaufte die Mehrheit an Investoren. Ob der Fonds, an dem Bilfinger noch knapp 20 Prozent hält, weitere Teile übernimmt, wollte der Sprecher nicht kommentieren. ÖPP-Projekte sind für Investoren interessant, weil sie in unsicherer konjunktureller Lage stabile Einnahmen versprechen. Weit größere Probleme hatte deshalb der Konkurrent Hochtief beim Verkauf seiner Concessions-Sparte mit einer Vielzahl von Minderheitsanteilen an konjunkturabhängigen Flughäfen. Nach dreijähriger Hängepartie verkaufte Hochtief die Anteile Anfang Mai an einen kanadischen Pensionsfonds.

Kion schwächer als im Rekordjahr

Sinkender Umsatz trotz wachsendem Staplermarkt

hpa, FRANKFURT, 28. Mai. Wenn der Welthandel in Schwung kommt, steigt auch der Bedarf an Gabelstaplern und Flurförderzeugen, mit denen Waren transportiert werden. Insofern bietet das erste Quartal 2013 Anlass zur Hoffnung, dass die globale Konjunktur in den kommenden Monaten weiteren Schwung bekommen wird. Nach Angaben des Wiesbadener Gabelstaplerherstellers Kion Group wurden in diesem Zeitraum rund um den Globus insgesamt knapp 248.000 Fahrzeuge neu bestellt – ein deutlicher Zuwachs von 8,4 Prozent gegenüber dem Schlussquartal 2012.

Während die Krise in Europa sich weiterhin mit sinkenden Bestellungen auswirkte, zogen die Märkte in Osteuropa, Nord- und Südamerika kräftig an. Kion mit seinen Hauptmarken Linde und Still konnte an dieser Marktbelebung allerdings nicht in vollem Maße teilhaben, wohl auch, weil der für den Konzern immer wichtiger werdende chinesische Markt – das größte Absatzgebiet für Stapler überhaupt – weiter leicht schrumpfte. Der Kion-Auftragseingang lag mit knapp 1,15 Milliarden Euro denn auch um 5 Prozent unter dem Vergleichswert des Vorjahres. Kion sammelte Bestellungen für 37.500 neue Fahrzeuge ein, im Vorjahr waren es noch 38.600 Stapler.

Dennoch zeigte sich die Kion-Geschäftsführung in einer Mitteilung mit dem Jahresauftakt zufrieden. Die Gruppe sei „robust gestartet und knüpfte an das Rekordjahr 2012 an“, hieß es. Zwar sank auch der Umsatz im ersten Quartal um gut 5 Prozent auf knapp 1,09 Milliarden Euro, allerdings fehlen dem Konzern anteilig die Erlöse des vor einigen Monaten verkauften Bereichs Linde Hydraulics. Bereinigt um diesen Effekt, wäre der Umsatz stabil geblieben. Der Konzern hält an seinen Jahresprognosen fest, die eine leichte Umsatzsteigerung und eine weitere Verbesserung der Ebit-Marge, jeweils auf bereinigter Basis, vorsehen.

Keine Angaben machte der Konzern zum Börsengang, den das Unternehmen intern zwar vorbereitet, bislang aber noch nicht angekündigt hat. Als weiterer Schritt wird jedoch ein Vertrag gewertet, den der chinesische Kion-Großaktionär Weichai Power am Wochenende in Berlin unterzeichnet hat. Dem zufolge stellt die China Development Bank bis zu 500 Millionen Euro bereit, damit Weichai seinen Anteil an der Kion-Holding von heute 25 Prozent weiter erhöhen kann. Vorzusehen ist, dass die Chinesen unmittelbar vor einem Börsengang auf 33,3 Prozent aufstocken können.

Pinkel-Prämie sorgt für großes Aufsehen

Autohöfe schenken Toilettengängern 20 Cent

Die Leidenschaft der Deutschen für Schnäppchenjagd, Rabatte und Prämien treibt neue Blüten. Mit einer neuen Pinkel-Prämie wollen Autohöfe den Raststätten Kunden abjagen. „Zur Sommerreisezeit 2013 wird die Pinkel-Gebühr von 50 Cent mit 70 Cent rückvergütet“, teilte der Branchenverband der VEDA (Vereinigung deutscher Autohöfe) am Dienstag in Regensburg mit. Wer auf die Toilette eines Autohofes geht, bekommt dafür künftig also 20 Cent zurück. Im Sommer soll das in 35 Autohöfen gelten.

Es klingt fast so, als könne man, wenn man nur oft genug auf die Toilette geht, reich damit werden. Doch die Sache hat einen Haken: Denn in bar gibt es die Pinkel-Prämie – noch jedenfalls – nicht. Wer in einem Autohof zu seiner Erleichterung an eine Porzellanschüssel eilt und sich gezwungen sieht, vor Beginn der Verrichtung seiner Notdurft 50 Cent zu bezahlen, bekommt einen Wertbon von satten 70

Cent. Den kann er oder sie jedoch nur in einem Autohof einlösen – für Kaffee, Zeitungen oder Ähnliches. Im Gegensatz zu Raststätten, die direkt an der Autobahn liegen, sind Autohöfe die Anlaufstellen, für die Reisende kurz von der Autobahn abfahren müssen.

Der Automobilclub ADAC hatte in seinem Rastanlagen-Test vor kurzem abermals kritisiert, dass die Toilettennutzung an deutschen Raststätten – anders als an Autohöfen – auch beim Einkauf im Shop oder im Restaurant noch 20 Cent kostet. Dort zahlen Reisende, die aufs Klo müssen, 70 Cent und bekommen einen Bon in Wert von 50 Cent. Der Raststättenbetreiber Tank & Rast wies die Kritik mit der Begründung zurück, das zusätzliche Entgelt von 20 Cent fließe zurück in die Qualitätssicherung. Böse Zungen lästern: Als Nächstes werde noch die Höhe der Erstattung von der Menge der Verrichtung abhängig gemacht. dpa/re.

Brüssel erhöht Druck auf Google

Almunia: Wahrscheinlich Nachbesserung nötig

wmu, BRÜSSEL, 28. Mai. Im Kartellstreit mit dem amerikanischen Suchmaschinenanbieter Google dringt die EU-Kommission auf weitere Zugeständnisse. Wettbewerbskommissar Joaquin Almunia sagte am Dienstag im Europaparlament in Brüssel, er werde das Unternehmen „wahrscheinlich“ auffordern, seine Vorschläge nachzubessern. Die Behörde wirft Google vor, seine Marktmacht zu missbrauchen.

Der Hauptvorwurf lautet, das Unternehmen bevorzuge bei der Anzeige von Suchergebnissen eigene Dienste vor Konkurrenzangeboten. Daneben geht es um dreierlei: Erstens soll Google Inhalte anderer Anbieter genutzt haben, um für eigene Dienste zu werben. Zweitens soll es Werbekunden daran gehindert haben, andere Anzeigepattformen zu nutzen. Und drittens soll es Internetseiten, die Google als seiteninterne Suchmaschine nutzen, faktisch verpflichtet haben, Werbung nur über Google zu schalten.

Das Unternehmen hatte im April angeboten, in der Ausweisung seiner Suchergebnisse künftig Verweise auf eigene Angebote besser zu kennzeichnen und mehr Links auf die Dienste von Wettbewerbern anzuzeigen. Ein Unternehmenssprecher sagte in Brüssel, man glaube, dass der Vorschlag auch auf die anderen Bedenken eingee. „Wir arbeiten weiterhin mit der Kommission, um diesen Fall beizulegen.“ Almunia sagte, Wettbewerber, Verbände und Nutzer erhielten nun bis Ende Juni mehr Zeit, um die Google-Zusagen zu kommentieren. Es sei aber absehbar, dass Google danach weitere Zugeständnisse machen müsse. Er hoffe, „dass wir die Probleme bis Jahresende gelöst haben werden“. Falls nicht, werde er nicht zögern, „eine negative Entscheidung zu treffen“. Der Kommissar ließ offen, ob er auch wegen Googles

Handy-Betriebssystem Android eine formale Untersuchung einleiten werde. Im April hatten sich mehrere Wettbewerber in Brüssel beschwert und dargelegt, dass Google auch auf diesem Markt seine beherrschende Stellung missbrauche.

ANZEIGE

Am Freitag im Immobilienmarkt

Amnestie am Strand

Spanien entschärft das Gesetz zur Küstenbebauung – zum Entsetzen von Umweltschützern, zur Freude deutscher Rentner

Lukrative Sanierung

Viele ärgern sich über die ständige Verschärfung der Vorschriften zur energetischen Sanierung – aber längst nicht alle

Einzelhandelsflächen sind gefragt

Die Nachfrage nach Ladenflächen in bester Lage hat stark zugenommen, in Deutschland wie in England und Frankreich

Kostenloses Probeabo 0180 2 52 52*

*6 Cent pro Anruf aus dem deutschen Festnetz, Mobilfunkhöchstpreis 42 Cent pro Minute.



Weniger Passagiere in Köln/Bonn

Flughafen reagiert mit dem Abbau von Arbeitsplätzen

esc, KÖLN, 28. Mai. Der Köln-Bonner Flughafen leidet unter dem Sparkurs von Air Berlin und Lufthansa/Germanwings. Durch die Kapazitätskürzungen seiner beiden größten Kunden hat der Flughafen im vergangenen Jahr mehr als eine halbe Million Passagiere verloren. „Unser Sorgenkind ist vor allem der innerdeutsche Flugverkehr“, berichtete Geschäftsführer Michael Garvens vor Journalisten. Mit verantwortlich für die Schwierigkeiten im Inlandsgeschäft machte er die 2011 eingeführte Luftverkehrssteuer. Sie verzerrte den Wettbewerb und gehöre abgeschafft.

Zwar konnten die Einbußen bei Air Berlin und dem Lufthansa-Konzern durch neu gewonnene Fluggesellschaften wie Ryanair oder Norwegian abgemildert werden. Dennoch sank die Zahl der Fluggäste am siebtgrößten deutschen Flughafen von 9,6 auf 9,3 Millionen, während das Frachtaufkommen um 1 Prozent auf 751.000 Tonnen zulegte. Für dieses

Jahr erwartet Garvens einen Rückgang auf 9,1 Millionen Passagiere (minus 3 Prozent). Erst 2014 wird wieder mit Wachstum gerechnet. Auf das schwierige Umfeld reagiert der Flughafen mit einem Sparprogramm. Vor allem dem Anstieg der Personalkosten will der Geschäftsführer entgegenwirken. Mit Abfindungs- und Vorruhestandsregelungen soll die Zahl der derzeit rund 1800 Stellen reduziert werden. Über den Umfang des Abbaus und die Sparziele gibt es noch keine Angaben.

Wegen des rückläufigen Passagieraufkommens hat der Flughafen im vergangenen Jahr einen Umsatzrückgang von 2 Prozent auf 265 Millionen Euro erlitten. Das operative Ergebnis vor Zins, Steuer und Abschreibung (Ebitda) sank auf 59,6 (Vorjahr 71,5) Millionen Euro, der Nettogewinn auf 4 (10) Millionen Euro. Für 2013 wird bei einem leicht erhöhten Umsatz nur noch ein Jahresüberschuss von 600.000 Euro prognostiziert.

Frankreich prüft staatliches Ladenetz

chs, PARIS, 28. Mai. Die französische Regierung prüft den Aufbau eines staatlichen Netzwerkes von Aufladestationen für Elektroautos. Das meldete die französische Wirtschaftszeitung „Les Echos“ am Dienstag unter Berufung auf Regierungskreise. Nach dem Vorbild der Tankstellenetze von Total oder Esso solle ein staatlicher Betreiber oder ein privater Betreiber im Staatsauftrag ein dichtes Netz von Aufladestationen in Frankreich aufbauen. Damit solle die Verbreitung der Elektroautos, der sich die französischen Autohersteller stark verschrieben haben, vorangebracht werden. Im Sommer könnte die Regierung eine Entscheidung treffen, meldete die Zeitung zwei Tage nach der Insolvenzzankündigung des Anbieters Better Place, mit dem Renault eng zusammengearbeitet hatte. Better Place sollte für Renault ein System zum Austausch von Batterien aufbauen. Nach den Plänen der Regierung könnte als Betreiber der Stationen etwa der staatliche Stromnetzbetreiber ERDF in Frage kommen.

Tricks ersparen Apple 250 Millionen Euro

MAINZ, 28. Mai (AFP). Der amerikanische Computerkonzern Apple umgeht in Deutschland mit Steuertricks eines Bericht zufolge Zahlungen an den Fiskus in Höhe von einer Viertelmilliarde Euro. Würde Apple für die geschätzte eine Milliarde Euro Gewinn hierzulande 25 Prozent Unternehmenssteuer zahlen, „dann kommen wir auf ein Steuersoll von 250 Millionen Euro“, sagte Markus Meiner von der Nichtregierungsorganisation Tax Justice Network dem ZDF-Magazin „Frontal 21“. „Wenn wir das vergleichen mit den 5 Millionen Euro, die Apple tatsächlich bezahlt hat, sieht man, dass es hier eine Steuerlücke von 245 Millionen Euro gibt.“ Apple nutze auch zur Umgehung von Steuerzahlungen in Deutschland ein komplexes Geflecht aus vielfach im Ausland angesiedelten Firmen, berichtete „Frontal 21“. Der Konzern war zuletzt auch auf dem Heimatmarkt in den Vereinigten Staaten den Vorwürfen der Steuerkreiskrise ausgesetzt, zuletzt vor dem amerikanischen Senat.